

1. Gegenüberstellung des aktuellen Programms der DFG-VK und des zur Abstimmung stehenden Programmvorschlags gem. Antrag 2013/09 - mit Hervorhebungen und Kommentierung Johanna Pfeffer

Aktuelles Programm

Präambel

Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen **ist eine pazifistische Organisation**. In ihr haben sich Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Auffassungen zusammengeschlossen, die ihre **Verantwortung für eine menschenwürdige Zukunft erkennen** und ernst nehmen wollen.

Programmvorschlag gem. Antrag 2013/09

Wer wir sind

In der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen organisieren sich Menschen aus pazifistischer und antimilitaristischer Motivation, die sich gegen Krieg als Mittel der Politik einsetzen. Die DFG-VK ist eine Organisation, in der sich Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Auffassungen engagieren. Wir handeln nach der Grundsatzerklärung der War Resisters International: "Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten."

Kommentar

a) Wesentliche inhaltliche Unterschiede

(1) Laut dem alten Programm ist der übergeordnete Gedanke der DFG-VK die Übernahme von Verantwortung für eine menschenwürdige Zukunft. Der neue Programmvorschlag reduziert die Zielsetzung darauf, sich gegen Krieg als Mittel der Politik einzusetzen.

(2) Dem entsprechend soll aus der "pazifistischen Organisation" (altes Programm) ein Zusammenschluss von Menschen werden, die sich "aus pazifistischer und¹ antimilitaristischer Motivation" gegen Krieg organisieren und einsetzen.

Beide der angesprochenen Unterschiede werfen die Frage auf, ob eine Programmatik "gegen Krieg" als Programmatik "für den Frieden" ausreicht. Offensichtlich soll der Gedanke zur Gestaltung von Frieden im neuen Programm deutlich zurückgedrängt - wenn nicht gar eliminiert werden.

b) Formale Unterschiede:

Statt "Präambel" wird "Wer wir sind" als Überschrift vorgeschlagen. Letztere Formulierung klingt persönlicher und möglicherweise ansprechender. Die Grundsatzerklärung der WRI wird im Programmvorschlag in die Selbstdefinition aufgenommen, während sie im aktuellen Programm im 2. Abschnitt unter "Geschichte" auftaucht. Dies betont die "Anti-Kriegs-Haltung" der DFG-VK und wäre aus meiner Sicht akzeptabel, wenn mindestens gleichrangig ein "Pro-Friedens-Gedanke" in diesem Passus untergebracht wäre. Letztlich halte ich die Platzierung der WRI-Grundsatzerklärung aber für nur sekundär bedeutsam.

¹ "oder" statt "und" wäre hier wohl korrekter im Sinne der Verfasser des Vorschlages, da die "Antimilitaristen" sich offensichtlich von den "Pazifisten" distanzieren möchten

Aktuelles Programm

Geschichte

Ihr Pazifismus ist entstanden aus dem menschlichen Entsetzen über die Gräuel des Krieges und aus historischer und politischer Einsicht in die Ausweglosigkeit der Versuche kriegerischer Konfliktlösung. Er hat seinen geschichtlichen **Ursprung insbesondere im Humanismus**, in der bürgerlichen Friedensbewegung, der Bewegung der Kriegsdienstverweigerung und der Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen von Krieg und Gewalt.

Die Mitglieder der DFG-VK bekennen sich zur Grundsatzerklärung der War Resisters International (WRI):

"Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten."

Kommentar

a) sachlicher Fehler im neuen Vorschlag: 1892 wurde die DFG - nicht die DFG-VK gegründet.

b) wesentlicher inhaltlicher Unterschied:

Im aktuellen Programm werden - in allgemeiner Form - die Wurzeln der DFG-VK genannt, wobei u.a. Humanismus und die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen von Krieg und Gewalt als solche bezeichnet werden. Diese "inneren Motivationen" kommen im neuen Vorschlag nicht vor.

c) "formale" Unterschiede:

Der neue Programmvorschlag versucht, einen historischen Entwicklungsabriss der DFG-VK in wenigen Sätzen zu zeichnen. Dass hierbei natürlich vieles in der Entwicklung fehlt und ein derart kurz gefasster historischer Abriss immer angreifbar sein wird, liegt auf der Hand. Das aktuelle Programm unterlässt eine historische Darstellung der Entwicklung der Organisation und benennt nur in allgemeiner Form geschichtliche Wurzeln. Ich meine, dass für eine historische Darlegung der Entwicklung der DFG-VK im Programm nicht genug Raum ist. Die historische Darstellung sollte daher (wie bisher) gesondert als Information auf der Website erfolgen.

Programmvorschlag gem. Antrag 2013/09

Woher wir kommen

Die DFG- VK wurde gegründet 1892 vor dem Hintergrund des Entsetzens vieler Menschen über die Gräuel des Krieges. In ihr vereinten sich Menschen mit gewachsener historischer und politischer Einsicht in die Ausweglosigkeit der Versuche kriegerischer Konfliktlösung. Die zunächst vorrangig bürgerlich ausgerichtete Deutsche Friedensgesellschaft erhielt nach dem Ersten Weltkrieg einen **starken Zulauf aus den Reihen der Arbeiterbewegung**. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Bewegung gegen die Militärdienstpflicht und für die Kriegsdienstverweigerung immer größeren Raum ein. Im Lauf der Jahrzehnte war die Deutsche Friedensgesellschaft **Teil verschiedener politischer und ideologischer Auseinandersetzungen**. Die Zeit des Kalten Krieges war für sie außerdem geprägt durch den Widerstand gegen Remilitarisierung und atomare Aufrüstung. Seit den 1990er Jahren wendet sich die DFG-VK gegen die zunehmenden Kriegseinsätze der Bundeswehr und engagiert sich für den Ausbau Ziviler Konfliktbearbeitung.

Aktuelles Programm

Ziele

Pazifismus bedeutet für die DFG-VK das Streben nach gewaltfreien Formen der Konfliktlösung. Daher wollen wir gesellschaftliche und ökonomische Gewaltverhältnisse in ihren Ursachen erkennen und abschaffen. **Wir wollen dazu beitragen, dass künftig die Menschen ihr Zusammenleben gewaltfrei organisieren. Nur in einem solchen Prozess lässt sich Frieden verwirklichen.** Denken und Handeln der PazifistInnen in der DFG-VK zielen auf die Beseitigung aller Kriegsursachen und richten sich zunächst gegen Rüstung und Militärpolitik. Diese bereiten die Vernichtung menschlichen Lebens vor oder führen sie aus. Sie verhindern die Lösung drängender globaler Probleme wie Armut, Ungerechtigkeit oder Umweltzerstörung. Es ist unser Ziel, dass militärische Gewalt und Soldatentum geächtet und aus den internationalen Beziehungen verbannt werden. Konflikte können dauerhaft nur gewaltfrei gelöst werden.

Wir fordern die vollständige weltweite Abrüstung unter demokratischer Kontrolle der Bevölkerung, weil die Kriegsgefahr erst dann gebannt werden kann, wenn die Mittel der Kriegführung beseitigt sind. Wir treten ein für eine Bundesrepublik ohne Armee. Wir wollen ohne Rüstung leben.

Für uns PazifistInnen bedeutet Frieden die Verwirklichung von politischer, sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit auf der ganzen Welt. Untrennbar damit verbunden ist der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der schonende Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen. Denn ökonomische Gewaltverhältnisse, wie die derzeitige, auf Ausbeutung beruhende Weltwirtschaftsordnung, Umweltzerstörung und Verschwendung von Rohstoffen erzeugen neue Kriegsgefahren und gefährden menschliches Leben.

Der politische Pazifismus propagiert kein spezifisches oder soziales System. Wir erkennen aber als entscheidende Kriterien für die Fortentwicklung von Politik und Gesellschaft die Durchsetzung der Menschenrechte, die innergesellschaftliche Toleranz und den Schutz von Minderheiten, sowie den Abbau struktureller Gewalt. Dazu gehören eine maximale Beteiligung Aller an

Programmvorschlag gem. Antrag 2013/09

Wo wir uns befinden

Deutschland ist im Krieg, und wir sind mittendrin. Die Bundeswehr wird seit Beginn der 1990er Jahre zur Interventionsarmee umgebaut. Dies ist Teil der weltweiten Strategie von NATO und EU. Ihre Ziele sind u.a. die Sicherstellung des eigenen Exports und des ungehinderten Zugangs zu Rohstoffen und Märkten. Als einer der weltweit größten Rüstungsexporteure ist Deutschland in praktisch alle militärisch ausgetragenen Konflikte involviert. Erklärtes Ziel aller Regierungsparteien der letzten Jahre ist es zudem, die Bundeswehr zu noch mehr Auslandseinsätzen mit noch mehr Soldaten und Soldatinnen zu befähigen. Krieg wird zum Dauerzustand und zur normalen Option der deutschen Politik. Die DFG-VK bekämpft diese Politik.

Was wir wollen

Unser Ziel ist die Ächtung und Abschaffung des Krieges in jeglicher Form. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Kriegführung zu behindern, kommende Kriege zu verhindern und uns jeglicher Kriegspropaganda entgegenzustellen. Unser Handeln zielt darauf, militärische Gewalt und Soldatentum zu ächten. Wir unterstützen die Verweigerung aller militärischen und nichtmilitärischen Kriegsdienste als einen Beitrag gegen Krieg und Kriegsvorbereitung. Wir setzen uns ein für das uneingeschränkte Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung und unterstützen Kriegsdienstverweigerer und Kriegsdienstverweigerinnen weltweit.

Die Rüstungsproduktion und der Handel mit Waffen müssen beendet werden. Wir fordern die Abschaffung der Bundeswehr als ersten Schritt zur weltweiten Abrüstung. Konflikte können dauerhaft nur gewaltfrei gelöst werden. Daher fördern wir die Erarbeitung, Erprobung und Anwendung von Methoden Ziviler Konfliktbearbeitung.

Wir wollen Kriegsursachen überwinden. Für uns bedeutet Frieden die Verwirklichung von politischer, sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit auf der ganzen Welt. Wir wollen ökonomische Gewaltverhältnisse, wie die derzeitige auf Ausbeutung beruhende Weltwirtschaftsordnung, Umweltzerstörung und Klimawandel sowie die Verschwendung von Rohstoffen überwinden, weil sie neue Kriegsgefahren erzeugen und menschliches Leben gefährden. Auch Rassismus, Nationalismus und

politischen Entscheidungen und die umfassende Demokratisierung politischer Strukturen.

Wir fordern nicht nur die formale Gleichberechtigung von Frauen und Männern, sondern den Abbau patriarchaler Gewaltstrukturen, die auch durch die Sozialisation von Männern innerhalb des Militärs zementiert werden. Nationalistische und rassistische Ideologien lehnen wir als Menschen verachtend und Gewalt erzeugend ab.

patriarchale Herrschaft sind Gewaltformen, die das Entstehen von Kriegen mit befördern und denen wir entgegentreten.

Die DFG-VK propagiert kein spezifisches politisches oder soziales System.

Wir erkennen aber als entscheidende Kriterien für die Fortentwicklung von Politik und Gesellschaft die Verwirklichung der Menschenrechte, die Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie den Abbau struktureller Gewalt.

Dazu gehört die umfassende Demokratisierung politischer und ökonomischer Prozesse.

Kommentar

a) zum Abschnitt "Wo wir uns befinden" des neuen Programmvorschlages, der in der aktuellen Programmfassung nicht vorkommt:

- Wer ist "wir"?

Es ist mir nicht ganz klar, wer in diesem Abschnitt "wir" ist. Die Aktiven der DFG-VK? - oder die deutsche Politik? Dies schwimmt etwas.

- Was heißt "mittendrin"?

Die Formulierung "wir sind mittendrin" ist m.E. ggf. für Flugblätter als polemischer Aufhänger geeignet, um deutlich zu machen, dass Deutschland an allen Kriegen beteiligt ist. Im Programm halte ich die Formulierung aber für unglücklich, weil sie im eigentlichen Sinne ja nicht stimmt. Bei "uns" (in Deutschland) fliegen keine Bomben - "wir Deutschen" müssen uns (derzeit) nicht vor herannahenden Fronten, Bombenangriffen oder ähnlichem in Sicherheit bringen. "Wir" sind als Bürger derzeit keinen Kriegsgefahren ausgesetzt und ich frage mich, ob Menschen aus Afghanistan, Syrien, Pakistan oder anderer Länder und Regionen, in denen die Menschen an Leib und Leben bedroht sind, die Formulierung "wir (die Deutschen) sind mittendrin" nicht als Verhöhnung ihrer Situation verstehen könnten... "Wir" sind nicht im Kriegsgeschehen, "wir" - im Sinne von "wir als Verantwortliche für deutsche Politik" zündeln "von hinten" und lassen andere sterben, die räumlich weit weg sind.

- "Wir" als DFG-VK sind insoweit "mittendrin", als wir uns mit diesen Kriegen befassen und Wege suchen, wie wir Einfluss nehmen können, dass sie beendet werden. Doch wir führen keinen Krieg.

- **grammatische Aktualisierung?**

Der Passus soll offensichtlich dazu dienen (wie in der Begründung des Antrags ausgeführt) die programmatischen Aussagen der DFG-VK auf "die Höhe der Zeit" zu bringen. Der einzige "programmatische Satz" in diesem Passus lautet: "Die DFG-VK bekämpft diese Politik". Das ist mir persönlich zu dünn.

- Missverständliche Formulierung:

Der Satz: "Erklärtes Ziel aller Regierungsparteien ist es ..., die Bundeswehr zu noch mehr Auslandseinsätzen mit noch mehr Soldaten ... zu befähigen" kann nach deutscher Grammatik auf zwei Arten verstanden werden: Einmal, dass mehr Soldaten in Auslandseinsätze geschickt werden sollen und einmal, dass die Bundeswehr insgesamt mehr Soldaten anstrebt. Letzteres wäre faktisch falsch. Der Satz müsste umformuliert werden, um ihn eindeutig zu machen.

b) wesentliche inhaltliche Unterschiede der Abschnitte "Ziele" bzw. "Was wir wollen"

- "Streben nach gewaltfreien Formen der Konfliktlösung" contra "Ächtung und Abschaffung des Krieges in jeglicher Form"

In der Gegenüberstellung der Zielformulierungen kommt offensichtlich der interne Konflikt im Bündnis zwischen "Pazifisten" und "Antimilitaristen" zum Ausdruck. Zwar gibt es viele Überschneidungen und es wurden auch große Teile des bestehenden Programmes in den neuen Vorschlag übernommen, sowohl bei Lesen des jeweils ersten Satzes - als auch bei der gegenüberstellenden Betrachtung der Zielformulierung wird aber deutlich:

Nach dem alten Programm ist die Verwirklichung eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen zentrales Anliegen der DFG-VK. Die Überwindung von Kriegen ist ein sehr wesentlicher und wichtiger Baustein auf dem Weg zu diesem Ziel.

Nach dem neuen Programmentwurf ist die Abschaffung des Krieges in jeglicher Form zentrales Ziel; der Friedensbegriff wird zwar in einem Satz, der aus dem alten Programm übernommen ist, mit eingefügt, auch werden Formulierungen zur gewaltfreien Konfliktlösung aus dem aktuellen Programm übernommen - es fehlt aber deutlich jegliche Einbettung dieser Forderungen in eine positive Friedensvorstellung.

Das aktuelle Programm hat in der Zielformulierung eine innere Logik, die "plump vereinfacht" formuliert lautet: *Wir wollen Frieden - deswegen wollen wir keinen Krieg, kein Militär und keine Rüstung - deswegen müssen wir Konflikte friedlich lösen lernen - deswegen müssen wir gewaltfrei handeln lernen und mehr Gerechtigkeit verwirklichen.*

Die Antragsversion verzichtet auf eine Begründung der Antikriegshaltung, setzt die Abschaffung des Krieges als absolutes Ziel und legt die einzelnen Bereiche dar, in denen auf dieses Ziel hingearbeitet wird, z.B. durch "Behinderung, Verhinderung von Kriegsführung, Ächtung von Soldatentum, etc. "

c) Detail-Kommentare zu einigen Formulierungen:

- Der Satz " Wir fordern die Abschaffung der Bundeswehr als ersten Schritt zur weltweiten Abrüstung" lässt mich beim Lesen etwas stolpern: Abschaffung der Bundeswehr als "ersten" Schritt zur weltweiten Abrüstung ? Aus meiner Sicht wäre auch das Verbot von Rüstungsexporten bereits ein wichtiger Schritt und viele andere sind denkbar. Wenn wir soweit kommen, dass die Abschaffung der Bundeswehr mal ernsthaft in der Bevölkerung diskutiert wird, wären m.E. mindestens die ersten 7 Schritte geschafft ...
- Der Satz " Daher fördern wir die Erarbeitung, Erprobung und Anwendung von Methoden Ziviler Konfliktbearbeitung.", der im aktuellen Programm nur als "Streben nach ziviler Konfliktlösung auftaucht", scheint mir eine sinnvolle Konkretisierung in der Programmatik der DFG-VK zu sein.

Aktuelles Programm

Mittel

Gewaltfrei...

Aus der Überzeugung, dass sich Mittel und Ziele entsprechen müssen, verfolgt die DFG-VK ihre politischen Ziele ausschließlich mit gewaltfreien Mitteln; diese schließen die Verletzung und Tötung von Menschen aus und zielen auf die Konfliktlösung durch Dialog.

Gewaltfreie Methoden, wie zum Beispiel verschiedene Formen der Verweigerung, ziviler Ungehorsam, direkte gewaltfreie Aktion, orientieren sich an der moralischen Legitimität der Ziele und Mittel, nicht an der formalen Legalität.

... politisch handeln ...

Der Pazifismus der DFG-VK verlangt dauerhaftes politisches Handeln mit dem Ziel, Bedingungen für eine Welt ohne Krieg und Unterdrückung zu schaffen:

Das bedeutet:

- * die öffentlichkeitswirksame Propagierung von Abrüstung mit dem Ziel der völligen Entmilitarisierung;
- * die Förderung von antimilitaristischem Bewusstsein mit dem Ziel der völligen Ächtung des Soldatentums;
- * die öffentliche Diskussion über die Aufgabe von Soldaten: das Töten im Krieg
- * die internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel, Alternativen zu militärischen und Gewalt fördernden Strukturen zu entwickeln und durchzusetzen.

... Kriegsdienste verweigern...

Die DFG-VK erachtet die Verweigerung aller militärischen und nichtmilitärischen Kriegsdienste als einen wichtigen und konkreten Beitrag gegen Krieg und Kriegsvorbereitung.

Wir lehnen die Wehrpflicht und staatliche Zwangsdienste ab und unterstützen die Totalverweigerer.

Kriegsdienstverweigerung kann ein Ausgangspunkt für ein Engagement in der Friedensbewegung sein und zur politischen Kraft werden.

Programmvorschlag gem. Antrag 2013/09

Wie wir arbeiten

Wir lehnen soldatisches Denken und Verhalten, Kriegsvorbereitung und militärische Gewalt ab und arbeiten dafür, dass sie geächtet und aus den internationalen Beziehungen verbannt werden. Wir sind gegen Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr aktiv. Wir fördern Friedenserziehung und antimilitaristisches Bewusstsein. Wir unterstützen alle, die Kriegsdienste jeder Art verweigern. Mitglieder der DFG-VK behindern Rüstung und Rüstungsexporte. Wir analysieren die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Kriegspolitik und ihre spezifischen Kriegsziele.

Unsere Aktionen sind gewaltfrei in dem Sinne, dass sie die Verletzung und Tötung von Menschen ausschließen.

Wir bedienen uns unterschiedlicher Mittel: von der wissenschaftlichen Abhandlung bis zur direkten Aktion. Unsere Arbeit orientiert sich an der moralischen Legitimität unserer Ziele, nicht an der formalen Legalität der Mittel. Die Vielfalt unseres Handelns verstehen wir als Basis für unsere Wirksamkeit, begrüßen insbesondere originelle und kreative Aktionsformen und lernen voneinander.

Wir arbeiten in bundesweiten Kampagnen zusammen, ebenso in lokalen und regionalen Strukturen. Wir engagieren uns in Bündnissen mit Partnern, regional, landesweit und international. Wir brauchen die Mitarbeit vieler. Wer unsere Ziele teilt, ist uns willkommen. Menschen, die wegen ihres Einsatzes für unsere Ziele Repression unterworfen sind, erhalten von uns Solidarität und Unterstützung.

Wir setzen uns ein für das uneingeschränkte Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

... und sich organisieren!

Um unsere Fähigkeiten und Kräfte zur Verwirklichung der genannten Ziele zu bündeln und unsere Bereitschaft zum persönlichen Einsatz politisch wirksamer werden zu lassen, haben wir uns in der DFG-VK organisiert. Die Mitgliedschaft bedeutet ein Mehr an Verbindlichkeit in der Friedensarbeit und gemeinsame Verantwortung.

Pazifismus, wie ihn die DFG-VK versteht, muss seine Unabhängigkeit gegenüber Regierungen und anderen Institutionen behaupten und bewahren. Wir fühlen uns mit Menschen und Gruppen mit ähnlicher Zielsetzung in unserem Land und in anderen Ländern verbunden und verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung für Frieden, Gerechtigkeit und eine menschenwürdige Zukunft.

Kommentar

a) wesentliche inhaltliche Unterschiede in Bezug auf die Arbeitsweise der DFG-VK:

(1) Gewaltfreiheit

Wie in der Begründung zum Antrag des neuen Programmentwurfs ausgeführt, war mit ursächlich für die neue Programmdiskussion, dass "Unklarheiten darüber zu bestehen scheinen", was Gewaltfreiheit konkret für die Arbeit der DFG-VK bedeutet. Dass hier nicht bloße "Unklarheiten", sondern deutliche Differenzen in der Auffassung der Autoren des aktuellen Programms und des neuen Entwurfs bestehen, spiegelt sich in der Gegenüberstellung der beiden Fassungen wider.

- So begründet das aktuelle Programm die Notwendigkeit der Gewaltfreiheit der Mittel damit, dass Ziele und Mittel zur Erreichung dieser Ziele einander entsprechen müssen und stellt klar, dass von der DFG-VK angewendete Mittel "moralisch"² legitim sein müssen.

Eine "moralische" Prüfung der angewendeten Mittel sieht der neue Programmentwurf nicht vor. Eine "moralische" Legitimität der Ziele wird als ausreichend erachtet. Der entsprechende Satz im neuen Programmentwurf ist letztlich nichtssagend, weil die "moralische" Legitimität der Ziele - sei dies nun die Schaffung von Frieden oder die Abschaffung von Krieg - unbestreitbar gegeben ist. Damit ist letztlich gesagt: "Der Zweck heiligt die Mittel."

² Ich setze den Begriff "moralisch" in Anführungszeichen, weil ich ihn sehr ungern verwende. Persönlich würde mir das Wort "ethisch" deutlich besser gefallen, da "Moral" nach meinem Verständnis mehr auf Sitten und Gebräuche, also auf aktuell geltende "Moralvorstellungen" abzielt, während ich "ethisch" als das, was für die Menschheit gut ist, begreife. Da aber die Autoren beider Fassungen den Begriff "moralisch" letztlich im Sinne von "ethisch" verwenden, kommt es in der Gegenüberstellung hierauf nicht an.

Lediglich in einem kontextlosen Satz wird Gewaltfreiheit in der Entwurfsfassung erwähnt: "Unsere Aktionen sind gewaltfrei in dem Sinne, dass sie die Verletzung und Tötung von Menschen ausschließen."

Nicht deutlich wird, weshalb Aktionen der DFG-VK gewaltfrei sind oder sein sollen, wenn doch "der Zweck die Mittel heiligt"!

(2) Die benannten Mittel

Die aktuelle Programmfassung benennt exemplarisch drei angewendete gewaltfreie Methoden für Aktionen, stellt im weiteren das politische Handeln u.a. durch öffentlichkeitswirksames Propagieren von Abrüstung und die Diskussion über das Töten, sowie internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel der Entwicklung von Alternativen zu militärischen und Gewalt fördernden Strukturen heraus. All dies fehlt im vorgelegten Neuentwurf. Eine Begründung, weshalb dies gestrichen wurde, fehlt ebenfalls.

Neu im Programmentwurf ist der Begriff des Behinderns von Rüstung und Rüstungsexporten als Mittel, der mit der - ebenfalls neuen - Ziel-Formulierung des Behinderns von Kriegführung korreliert. Gemeint ist damit wohl **ein aktives Sabotieren (?)** von militärischen Einrichtungen und/oder Rüstungsbetrieben und damit eine Handlungsform, die das bisherige Programm der DFG-VK nicht ohne weiteres vorsieht.

(3) Kriegsdienstverweigerung

Die Verweigerung von Kriegsdiensten, Ablehnung von Wehrpflicht etc. hat in der aktuellen Programmfassung einen breiten Raum, der der aktuellen Situation nicht mehr gerecht wird. Der neue Programmantrag schlägt diesbezüglich die Formulierung: "Wir unterstützen alle, die Kriegsdienste jeder Art verweigern" vor. Diese zusammenfassende Verkürzung erscheint mir angemessen.

b) wesentliche Änderung der Aussage zur Unabhängigkeit der DFG-VK

Das aktuelle Programm der DFG-VK erachtet es als wichtigen Punkt, dass die Unabhängigkeit gegenüber Regierungen und anderen Institutionen behauptet und gewahrt wird. Der neue Programmentwurf verzichtet auf eine Aussage zur Unabhängigkeit. Es ist zu fragen, weshalb der Passus, der die Unabhängigkeit der DFG-VK einfordert, aufgehoben werden soll.

c) wesentliche Änderung der Aussage zu Zusammenarbeit und Solidarität

Der neue Programmentwurf verlangt der DFG-VK Solidarität und Unterstützung für alle, die wegen des Einsatzes für die Ziele der DFG-VK Repressionen unterworfen sind. Dies geht deutlich weiter als die Formulierungen im alten Programm, dass Totalverweigerer unterstützt werden und die DFG-VK sich mit Menschen und Gruppen mit ähnlicher Zielsetzung verbunden fühlt und sich als Teil einer weltweiten Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit versteht.

Wollte man den "Solidaritätspassus" in dem Entwurf "bösaartig" lesen, so könnte man meinen, dass die DFG-VK auch diejenigen unterstützen und mit denen solidarisch sein soll, die diese Ziele unter Einsatz von (Waffen-)Gewalt verfolgen. Dass dies tatsächlich von den Verfassern so gemeint ist, denke ich nicht. Aber diese Aussage kann dem Programmentwurf ohne weiteres entnommen werden, weil ja die Mittel keinerlei ethischer Beschränkung unterliegen. Gewaltfrei sollen lediglich die Aktionen der DFG-VK sein. Die Solidarität dagegen soll deutlich weiter gehen - und der Programmvorschlag schweigt sich darüber aus, ob und ggf. wo diese Solidarität dann an eine Grenze stößt.

Gesamtbetrachtung des neuen Programmentwurfs:

"Arbeitsauftrag" für eine Neugestaltung des Programmes war lt. Entwurfsbegründung, dass programmatische Aussagen auf die "Höhe der Zeit" gebracht werden sollten, insbesondere in Bezug auf den

- 1) den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee,
- 2) deutsche Kriegsbeteiligungen,
- 3) Steigerung der Rüstungsexporte und
- 4) Militarisierung des Bildungswesens,
- 5) sowie aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht.
- 6) Weiter war wesentlich, dass innerhalb der DFG-VK eventuelle Unklarheiten darüber, was Gewaltfreiheit für die Umsetzungsmittel der WRI-Grundsatzerklärung und die Ziele der DFG-VK bedeuten, beseitigt werden.

Inwieweit ist dieser Arbeitsauftrag in dem vorliegenden Programmentwurf erfüllt ?

Zu 1), 2) und 3) Im Abschnitt "Woher wir kommen" wurde eingefügt, dass die DFG-VK sich seit den 1990ern gegen die zunehmenden Kriegseinsätze der Bundeswehr engagiert. Dies findet sich im aktuellen Programm noch nicht.

Im Abschnitt "Wo wir uns befinden" werden sowohl der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee - als auch die zunehmenden Kriegseinsätze sowie Deutschlands Beteiligung an Kriegen durch Rüstungsexporte thematisiert. Auch dies war im aktuellen Programm noch kein Thema.

Programmatisch im eigentlichen Sinne wird zu den vorgenannten Punkten lediglich ausgeführt, dass die DFG-VK diese Politik bekämpft.

Zu 3) Im Abschnitt "Was wir wollen" ist zudem ausgeführt, dass der Handel mit Waffen und die Rüstungsproduktion beendet werden müssen. Im aktuellen Programm wird unter der Überschrift "Ziele" "vollständige weltweite Abrüstung" gefordert. Auch hier kein wesentlicher Unterschied.

Zu 4) Zur Militarisierung des Bildungswesens findet sich im Abschnitt "Wie wir arbeiten": "Wir fördern Friedenserziehung und antimilitaristisches Bewusstsein". Die Förderung eines antimilitaristischen Bewusstseins findet sich dabei auch im aktuellen Programm, der Begriff "Friedenserziehung" taucht dort nicht auf.

Zu 5) Sinnvollerweise äußert sich der neue Entwurf nicht mehr ausführlich zur Wehrdienst. Die allgemeine Ablehnung von Kriegsdienst(en) bleibt erhalten.

Die als Begründung für den neuen Entwurf genannten Themen wurden letztlich in irgendeiner Form in dem neuen Programm erwähnt. Es wird bei näherer Betrachtung aber offensichtlich, dass das Einbringen dieser aktuellen Themen in das Programm, (bzw. das Reduzieren der Betonung der Wehrdienstverweigerung aus aktuellem Anlass) keine echten "programmatischen" Änderungen zur Folge haben muss. Das aktuelle Programm

spricht sich deutlich gegen Kriege, gegen die Bundeswehr, gegen Militarisierung und gegen Rüstung aus. Es hat lediglich die Entwicklung der letzten 20 Jahre naturgemäß nicht berücksichtigen können.

Zu 6)

Eine echte programmatische Änderung ist jedoch darin zu erkennen, dass die Begriffe der Gewaltfreiheit - wie auch der des Pazifismus und jegliche Verbindung der Arbeit der DFG-VK mit einem positiven Friedensideal - in dem Programm weitestgehend zurückgedrängt wurden. Es werden (gerade noch) die Aktionen der DFG-VK als gewaltfrei bezeichnet, im übrigen wurden positive Zielsetzungen für eine friedliche(re) Welt vollständig eliminiert. (zur Gewaltfreiheit s.o.)

Die Frage, weshalb man überhaupt gegen Krieg eintreten soll, ist in dem neuen Entwurf unbeantwortet.

Es werden damit keine "Unklarheiten", die zu Differenzen in der DFG-VK geführt haben, beseitigt, sondern es wird in der Gegenüberstellung der Programmentwürfe deutlich, dass der Begriff Gewaltfreiheit von den jeweiligen Entwurfsverfassern stark unterschiedlich betrachtet wird.

Im aktuellen Programm ist Gewaltfreiheit zentraler Baustein einer friedlichen und gerechten Welt und gibt damit der Arbeit der DFG-VK eine Zielrichtung und einen Maßstab für das eigene Handeln.

Der vorgelegte Entwurf für ein neues Programm reduziert die Zielsetzung der DFG-VK auf ein "Gegen-Krieg-als-Mittel-der-Politik-Sein" und setzt die Verfolgung dieses Ziels als einzigen Handlungsmaßstab. Wer "Krieg gegen Krieg" führt, wäre nach Auffassung der Verfasser des Neuentwurfes von der DFG-VK zu unterstützen und sollte Solidarität erwarten können. Das neue Programm wäre - wenn es denn beschlossen würde - eine starke "Verschiebung" der Selbstdefinition der DFG-VK von einer "pazifistischen" hin zu einer sog. "antimilitaristischen" Organisation, für die - im Gegensatz zur WRI - Gewaltfreiheit kein Wert ist und die lediglich militärische Gewalt ablehnt (ggf. auch polizeiliche) und die sich selbst durchaus das "moralische" Recht zur Anwendung von Gewalt "belässt" (hier: mit Einschränkung des Tötens und Verletzens von Menschen in Aktionen der DFG-VK), wenn diese dem "richtigen" Ziel dient. Konsequenz dieser "Neuprogrammierung der DFG-VK" wäre aus meiner Sicht eine Hinwendung zu sog. "gewaltbereiten" Gruppen und damit eine deutliche Erschwernis für die Arbeit derjenigen, die auf Öffentlichkeits- und Überzeugungsarbeit durch vernünftige und menschliche Argumente setzen.

J.P.